



Amtsblatt für die Stadt Lichtenau

Nr. 13 Jahrgang 2015 ausgegeben am 13.11.2015

Seite 1

Inhalt

- 20/2015** **100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lichtenau, Teilbereich Blankenrode und Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Blankenrode" Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**
- 21/2015** **97. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lichtenau, Teilbereich Lichtenau und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 64 "Markus Linde IV"**
a) Bekanntmachung der Änderungsbeschlüsse
b) Frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
- 22/2015** **Offenlegung von Fortführungen des Liegenschaftskatasters bezüglich Änderungen aufgrund von Mitteilungen durch die Grundbuchverwaltung und Änderung von Lagebezeichnungen sowie von Bodenschätzungsergebnissen**
- 23/2015** **Hinweis auf die öffentliche Bekanntmachung und Genehmigung der 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Abwicklung der Schülerbeförderung im Rahmen des Gemeinsamen Lernens im Kreis Paderborn vom 26. Februar 2013 zwischen dem Kreis Paderborn und seinen Städten und Gemeinden im Amtsblatt der Bezirksregierung Detmold**

Herausgeber: Stadt Lichtenau, Der Bürgermeister,
Lange Straße 39, 33165 Lichtenau
Telefon: 05295/89-30

Interessenten können das Amtsblatt kostenlos bei der Stadtverwaltung Lichtenau abholen bzw. sich gegen Erstattung der Portokosten zusenden lassen. Zudem besteht die Möglichkeit, das Amtsblatt im Internet unter www.lichtenau.de abzurufen. Das Amtsblatt der Stadt Lichtenau erscheint unregelmäßig, je nach Bedarf.

20/2015

**Stadt Lichtenau
Der Bürgermeister**

Lichtenau, den 11.11.2015

B E K A N N T M A C H U N G

**100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lichtenau,
Teilbereich Blankenrode und
Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Blankenrode"
Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Rat der Stadt Lichtenau hat die Einleitung des Verfahrens zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lichtenau sowie zur Aufhebung des v.g. Bebauungsplanes beschlossen.

Die Planentwürfe mit Begründung liegen nunmehr einen Monat lang, und zwar in der Zeit vom

24.11.2015 bis 28.12.2015 einschließlich

in der Stadtverwaltung in Lichtenau, Lange Str. 39, Zi. 41, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Das Plangebiet ist im anliegenden Übersichtsplan kenntlich gemacht.

Während der Frist können Bedenken und Anregungen von jedermann geäußert werden. Ein Bediensteter der Verwaltung wird interessierten Bürgern Auskunft erteilen.

Im Planverfahren behandelte Umweltthemen: Schutzgüter Mensch, Tiere, Pflanzen, geschützte Arten, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter.

Folgende Arten umweltbezogener Informationen sind bei der Stadt Lichtenau verfügbar:

Begründung zur 100. Flächennutzungsplanänderung. In der Begründung werden u.a. die Bestandssituation sowie die Auswirkungen der Planungen auf die Schutzgüter Mensch und seine Gesundheit, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter sowie ihre Wechselwirkungen erläutert.

Umweltbezogene Informationen sind zudem den Stellungnahmen zu entnehmen, die insbesondere während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vorgebracht wurden.

Es wird darauf hingewiesen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Flächennutzungsplan unberücksichtigt bleiben können. Ein Antrag nach § 47 VwGO ist unzulässig, wenn die den Antrag stellende Person nur Einwendungen geltend macht, die sie im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB nicht oder verspätet geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

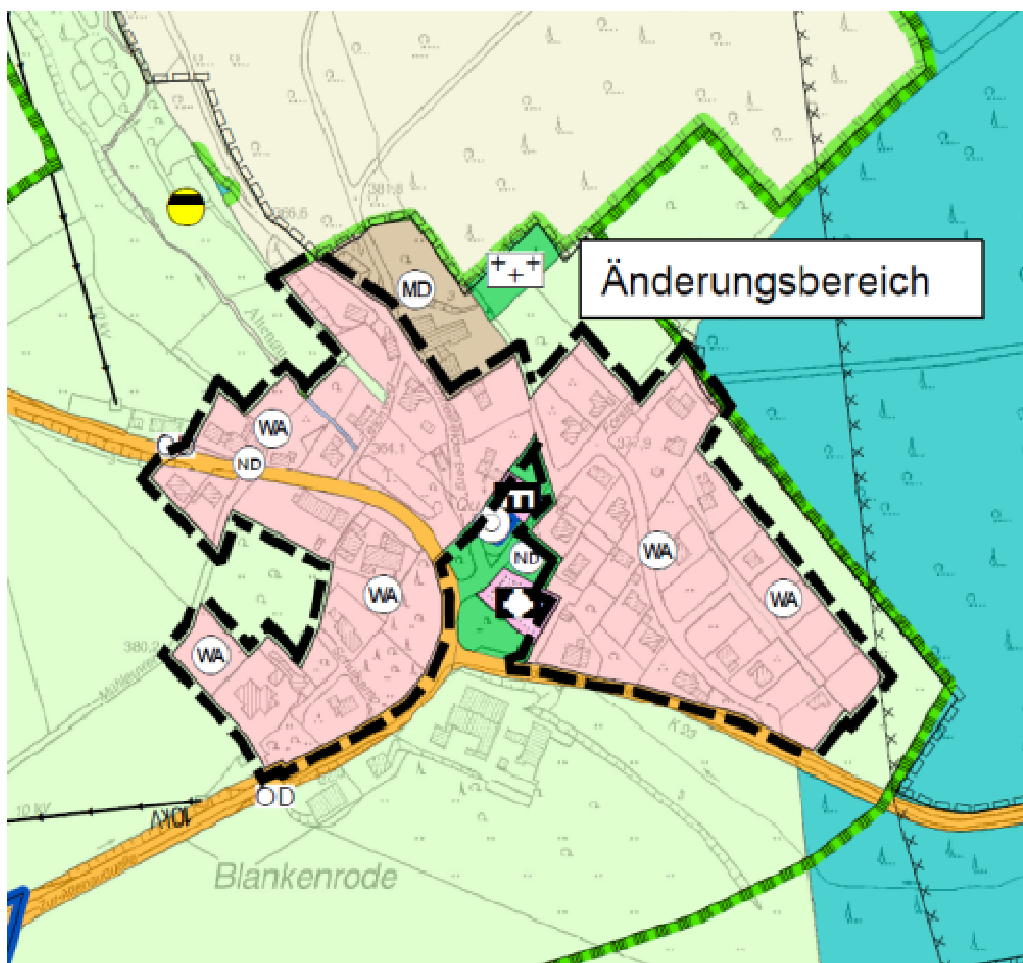
Öffnungszeiten der Verwaltung:

Montag: 08.00 – 16.00 Uhr Dienstag: 08.00 – 16.00 Uhr Mittwoch: 08.00 - 12.00 Uhr
Donnerstag: 08.00 – 18.00 Uhr Freitag: 08.00 – 12.00 Uhr

In der Mittagszeit (12.00 Uhr - 13.30 Uhr) nach Absprache.

gez.

Hartmann
Bürgermeister



21/2015

**Stadt Lichtenau
Der Bürgermeister**

Lichtenau, den 11.11.2015

B E K A N N T M A C H U N G

**97. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lichtenau,
Teilbereich Lichtenau und
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 64 "Markus Linde IV"**

a) Bekanntmachung der Änderungsbeschlüsse

b) Frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Lichtenau hat in seiner Sitzung am 30.01. 2014 folgenden Beschluss gefasst:

Der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Lichtenau beschließt die Einleitung der Verfahren zur 97. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lichtenau und zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 64 Markus Linde IV im Ortsteil Lichtenau.

Gem. § 2 Abs. 1 BauGB wird der Beschluss hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gleichzeitig gibt die Stadt allen Interessenten Gelegenheit, sich zu der Planaufstellung zu äußern. Zu diesem Zweck liegen die Planentwürfe gem. § 3 Abs. 1 BauGB mit Begründung in der Zeit vom

23.11.2015 bis 11.12.2015 einschließlich

in der Stadtverwaltung in Lichtenau, Lange Str. 39, Zi. 41, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Das Plangebiet ist im anliegenden Übersichtsplan kenntlich gemacht.

Während der Frist können Bedenken und Anregungen von jedermann geäußert werden. Ein Bediensteter der Verwaltung wird interessierten Bürgern Auskunft erteilen.

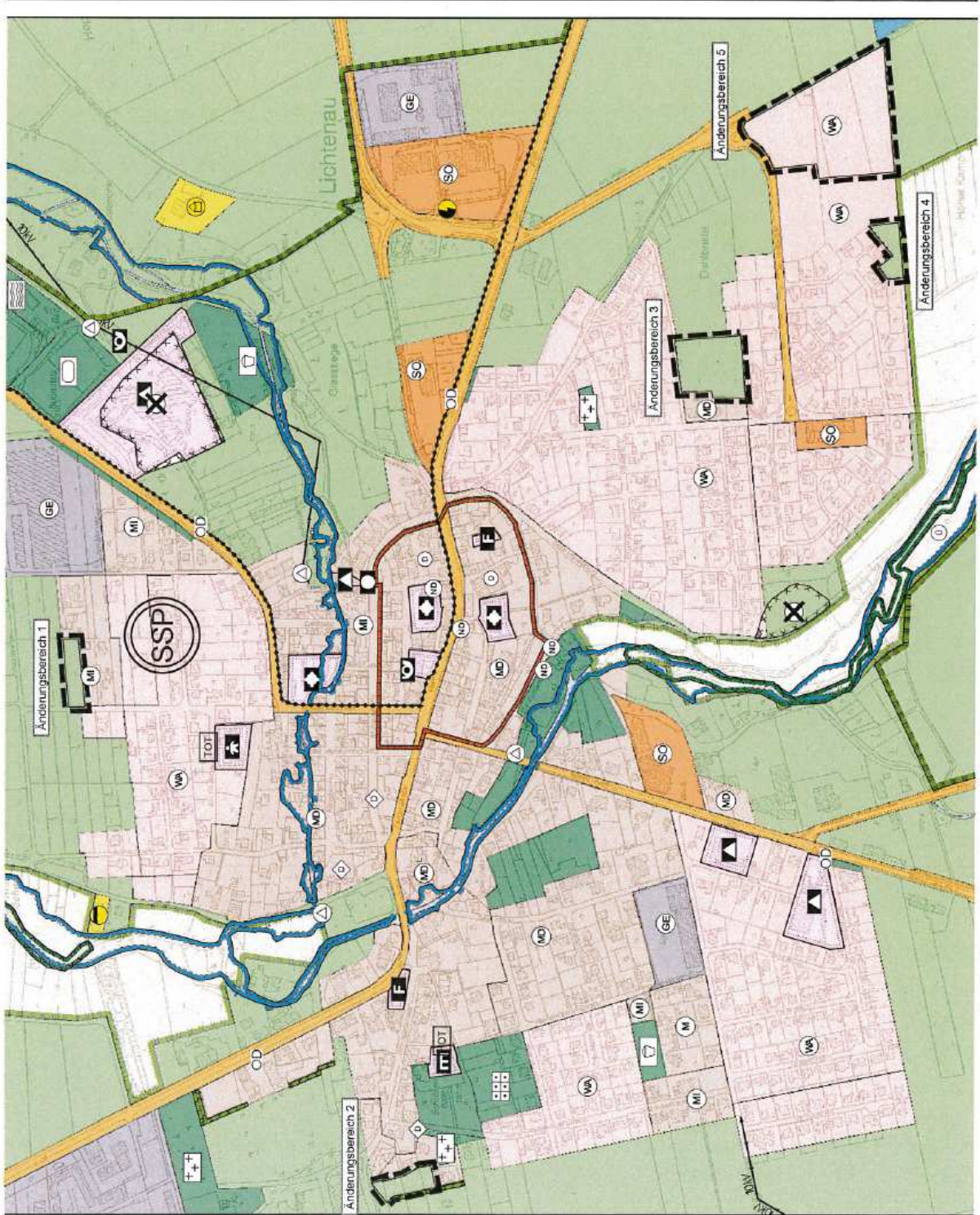
Öffnungszeiten der Verwaltung:

Montag: 08.00 – 16.00 Uhr Dienstag: 08.00 – 16.00 Uhr Mittwoch: 08.00 - 12.00 Uhr
Donnerstag: 08.00 – 18.00 Uhr Freitag: 08.00 – 12.00 Uhr

In der Mittagszeit (12.00 Uhr - 13.30 Uhr) nach Absprache.

gez.

Hartmann
Bürgermeister



22/2015

03.11.2015

Öffentliche Bekanntmachung

**Kreis Paderborn
Der Landrat
Amt für Geoinformation, Kataster und Vermessung
Aldegrevestraße 10-14
33102 Paderborn
Az.: 62 / Offenlegung KPB**

Offenlegung von Fortführungen des Liegenschaftskatasters bezüglich Änderungen aufgrund von Mitteilungen durch die Grundbuchverwaltung und Änderung von Lagebezeichnungen sowie von Bodenschätzungsergebnissen.

anlässlich nachfolgend aufgeführter Änderungen im Liegenschaftskataster, die seit dem 03.12.2014 im gesamten Kreisgebiet Paderborn durchgeführt worden sind:

- Änderungen aufgrund von Mitteilungen durch die Grundbuchverwaltung oder eine andere Stelle, wenn diese Stelle die Änderungen aufgrund ihrer Zuständigkeit dem Eigentümer oder den Personen, die über grundstücksgleiche Rechte verfügen, bereits bekanntgegeben hat (gemäß Nr. 10.2 Abs.4 des Erlasses „Die Führung des Liegenschaftskatasters in Nordrhein-Westfalen (Liegenschaftskatastererlass – LiegKatErl.)“)
- Änderungen von Lagebezeichnungen (gemäß Nr. 10.3 Abs. 1 LiegKatErl.)
- Änderungen von Klassen-, Klassenabschnitts- und Sonderflächen der Bodenschätzung (gemäß Nr. 10.3 Abs. 1 und Nr. 10.6 LiegKatErl.)

Gemäß § 13 Abs. 5 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster in der Fassung vom 1. März 2005 (Vermessungs- und Katastergesetz - VermKatG NRW) in Verbindung mit § 22 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster in der Fassung vom 25. Oktober 2006 (DVOz-VermKatG NRW) werden die veränderten Teile des Liegenschaftskatasters durch Offenlegung bekannt gegeben.

Die Offenlegung erfolgt im Amt für Geoinformation, Kataster und Vermessung - Katasterbehörde – des Kreises Paderborn, Aldegrevestraße 10 - 14, Zi.-Nr. A.10.02 – A.10.04, 33102 Paderborn,

in der Zeit vom 30.11.2015 bis einschließlich 01.01.2016

während der nachstehenden Öffnungszeiten oder nach Terminvereinbarung:

Montag bis Freitag von 08:30 – 12:00 Uhr,
Donnerstag von 14:00 – 18:00 Uhr

Um Wartezeiten zu verkürzen, besteht die Möglichkeit einer Terminabsprache. Diese kann unter der Telefonnummer 05251 / 308-6221 oder 05251 / 308-6222 erfolgen.

Während der Offenlegungszeiten wird den betroffenen Eigentümern und Eigentümerinnen, Erbbauberechtigten, Inhabern und Inhaberinnen grundstücksgleicher Rechte Gelegenheit

gegeben, sich über die Fortführung des Katasternachweises Ihrer Grundstücke unterrichten zu lassen und den Datenbestand des Liegenschaftskatasters einzusehen.

Eigentümerangaben können gemäß § 14 VermKatG NRW nur demjenigen bereitgestellt werden, der ein berechtigtes Interesse darlegt. Einer Darlegung des berechtigten Interesses bedarf es nicht, wenn Eigentümer und Erbbauberechtigte die sie betreffenden Eigentümerangaben beantragen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die in das Liegenschaftskataster übernommenen Angaben kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden, Postfach 3240, 32389 Minden schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und Finanzgerichten im Land Nordrhein Westfalen -ERVVO VG/FG vom 07.11.2012 (GV.NRW S 548) einzureichen. Wird die Klage schriftlich erhoben, so sollen mindestens 2 Abschriften beigefügt werden. Die Klage kann ebenso zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erklärt werden.

Falls die Frist zur Klageerhebung durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Hinweis:

Bei Änderungen, die die Bodenschätzung betreffen, ist zu beachten, dass sich ein Rechtsbehelf nicht gegen die rechtskräftig feststehenden Bodenschätzungsergebnisse richten kann. Diese werden gemäß den Angaben der Finanzverwaltung in das Liegenschaftskataster übernommen.

In Folge der Offenlegung erkannte Fehler bei der Übernahme werden von der Katasterbehörde bereinigt.

Nach Ablauf der Offenlegungsfrist tritt das aktualisierte Liegenschaftskataster an die Stelle des bisherigen Katasters.

Im Auftrag

gez. Dipl. Ing. Gurok

(Ltd. Kreisvermessungsdirektor)

23/2015

Stadt Lichtenau

12.11.2015

Hinweis

auf die öffentliche Bekanntmachung und Genehmigung der 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Abwicklung der Schülerbeförderung im Rahmen des Gemeinsamen Lernens im Kreis Paderborn vom 26. Februar 2013 zwischen dem Kreis Paderborn und seinen Städten und Gemeinden im Amtsblatt der Bezirksregierung Detmold

Auf die im Amtsblatt der Bezirksregierung Detmold vom 28.09.2015 (Nr. 40, Seiten 225/226) bekannt gemachte und genehmigte 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Abwicklung der Schülerbeförderung im Rahmen des Gemeinsamen Lernens im Kreis Paderborn vom 26. Februar 2013 zwischen dem Kreis Paderborn und den Städten und Gemeinden Altenbeken, Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Borcheln, Büren, Delbrück, Hövelhof, Lichtenau, Paderborn und Salzkotten wird gem. § 24 Abs. 3 GKG hingewiesen.

gez.

Hartmann
Bürgermeister